

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
der Europäischen Sozialcharta (revidiert)**

Vom 31. August 2021

I.

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 12. November 2020 zur Revision der Europäischen Sozialcharta vom 3. Mai 1996 (BGBl. 2020 II S. 900, 901) wird bekannt gemacht, dass die Europäische Sozialcharta nach ihrem Artikel K Absatz 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. Mai 2021
in Kraft getreten ist.

Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 29. März 2021 beim Generalsekretär des Europarats in Straßburg hinterlegt worden. Bei Hinterlegung hat Deutschland gegenüber dem Generalsekretär des Europarats in dessen Eigenschaft als Verwahrer der Europäischen Sozialcharta folgende Vorbehalte und Erklärungen abgegeben:

- „1. Die Bundesrepublik Deutschland ist durch die folgenden Artikel und Nummern gebunden:
 - a) in Übereinstimmung mit Artikel A Absatz 1 Buchstabe b:
Artikel 1, 5, 6, 7 Nummern 2 bis 10, 12, 13, 16, 19, 20;
 - b) in Übereinstimmung mit Artikel A Absatz 1 Buchstabe c:
Artikel 1, 2, 3, 4 Nummern 1 bis 3 und 5, 5, 6, 7 Nummern 2 bis 10, 8, 9, 10 Nummern 1 bis 4, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 23, 25, 26, 27, 28 und 29.
2. Die Bundesrepublik Deutschland bringt zu folgenden Artikeln Vorbehalte an:
 - a) zu Artikel 4 Satz 1 Nummer 4:
„Die Bundesrepublik Deutschland ist durch Artikel 4 Satz 1 Nummer 4 nicht gebunden.“
 - b) zu Artikel 7 Nummer 1:
„Die Bundesrepublik Deutschland ist durch Artikel 7 Nummer 1 nicht gebunden.“
 - c) zu Artikel 10 Nummer 5:
„Die Bundesrepublik Deutschland ist durch Artikel 10 Nummer 5 nicht gebunden.“
 - d) zu Artikel 21:
„Die Bundesrepublik Deutschland ist durch Artikel 21 nicht gebunden.“
 - e) zu Artikel 22:
„Die Bundesrepublik Deutschland ist durch Artikel 22 nicht gebunden.“

- f) zu Artikel 24:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist durch Artikel 24 nicht gebunden.“
 - g) zu Artikel 30:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist durch Artikel 30 nicht gebunden.“
 - h) zu Artikel 31:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist durch Artikel 31 nicht gebunden.“
3. Die Bundesrepublik Deutschland gibt folgende Auslegungserklärungen ab:
- a) zu Artikel 2 Nummer 2:

„Die Bundesrepublik Deutschland ratifiziert Artikel 2 Nummer 2 der Europäischen Sozialcharta (revidiert) vom 3. Mai 1996 in dem Verständnis, dass der Wortlaut der Charta die Vertragsparteien eindeutig verpflichtet, bezahlte öffentliche Feiertage vorzusehen, aber keine weitergehenden Vorgaben enthält. Insbesondere verpflichtet Artikel 2 Nummer 2 der Europäischen Sozialcharta (revidiert) vom 3. Mai 1996 die Vertragsparteien nicht, für bezahlte öffentliche Feiertage Erhöhungen der üblichen Vergütung vorzuschreiben.“
 - b) zu Artikel 3 Nummer 2:

„Die Bundesrepublik Deutschland anerkennt das in der Europäischen Sozialcharta (revidiert) vom 3. Mai 1996 zum Ausdruck kommende Bestreben, einen umfassenden Schutz für alle Bereiche der Arbeitsumwelt einzufordern und dieses Schutzziel für alle Arbeitnehmer soweit möglich auch auf andere Erwerbspersonen auszudehnen. In Anerkennung dieses Zieles sind daher in Deutschland zahlreiche Regelungen für sichere und gesunde Arbeitsbedingungen nicht nur auf Arbeitnehmer, sondern auch auf selbständig Erwerbstätige anwendbar und beanspruchen damit einen umfassenden Anwendungsbereich. So kann jeder Unternehmer freiwillig der gesetzlichen Unfallversicherung beitreten und sich unter den Schutz dieser umfassenden sozialen Sicherung stellen.“
 - c) zu Artikel 3 Nummer 3:

„Die Bundesrepublik Deutschland weist allerdings auch darauf hin, dass nach dem insofern eindeutigen Wortlaut des Artikels 3 der Europäischen Sozialcharta (revidiert) vom 3. Mai 1996 das Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen ausdrücklich nur auf Arbeitnehmer anwendbar sein soll. Die Bundesrepublik Deutschland geht deshalb bei der Anwendung des Artikels 3 von dem Verständnis aus, dass das Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen im Grundsatz nur auf Arbeitnehmer angewendet werden kann und eine Anwendung auf andere Erwerbspersonen und selbständig Erwerbstätige nur in besonderen und begründeten Ausnahmen möglich ist.“
 - d) zu Artikel 4 Satz 1 Nummer 1:
 - „1. Die Bundesrepublik Deutschland geht bei der Anwendung des Artikels 4 Satz 1 Nummer 1 der Europäischen Sozialcharta vom 3. Mai 1996 (revidiert) davon aus, dass das hierin niedergelegte Recht auf ein gerechtes Arbeitsentgelt durch das in Deutschland bestehende Lohnfindungssystem gewährleistet ist.
 - 2. Grundlage des in Deutschland bestehenden Lohnfindungssystems sind die grundgesetzlich gewährleistete Tarifautonomie und deren einfachgesetzliche Ausgestaltung durch das Tarifvertragsgesetz vom 25. August 1969. Sie stellen sicher, dass die für die Festlegung der Arbeitsbedingungen auf kollektiver Ebene zuständigen Sozialpartner die notwendigen Rahmenbedingungen haben, um angemessene Entgelte festzulegen, die alle für die Entlohnung relevanten Parameter hinreichend berücksichtigen.
 - 3. Das in Deutschland bestehende Lohnfindungssystem wird durch den gesetzlichen Mindestlohn und ergänzende Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 und dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe – vom 27. Dezember 2003 flankiert. Insbesondere bei der einzelvertraglichen Entgeltfestlegung wird durch den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz eine absolute Lohnuntergrenze bestimmt, die nicht unterschritten werden darf und durch die sichergestellt ist, dass ein alleinstehender, in Vollzeit tätiger Beschäftigter ein Nettoentgelt erzielt, welches über der Pfändungsfreigrenze liegt. Das deutsche Sozialsystem sieht zudem für Familienmitglieder bei ungedeckten Bedarfen zusätzliche Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – und dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe – vor.“
 - e) zu Artikel 4 Satz 1 Nummer 3:

„Die Bundesrepublik Deutschland geht bei der Anwendung des Artikels 4 Satz 1 Nummer 3 der Europäischen Sozialcharta vom 3. Mai 1996 (revidiert) davon aus, dass im Falle einer unwirksamen Kündigung statt der Weiterbeschäftigung die Option der Beantragung der gerichtlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses ge-

gen Abfindungszahlung, deren maximale Höhe gesetzlich festgelegt ist, gewählt werden kann.“

f) zu Artikel 6 Nummer 4:

„1. Die Bundesrepublik Deutschland legt Artikel 6 Nummer 4 der Europäischen Sozialcharta vom 18. Oktober 1961 und Artikel 6 Nummer 4 der Europäischen Sozialcharta (revidiert) vom 3. Mai 1996 in der Weise aus, dass die rechtmäßige Ausübung des Streikrechts der Arbeitnehmer von dem Vorliegen von Zulässigkeitsvoraussetzungen abhängig gemacht werden kann.

2. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt, dass die von den Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Rechtsprechung entwickelten Zulässigkeitsvoraussetzungen für Streiks auf die Beurteilung der Frage angewandt werden, ob das in Artikel 6 Nummer 4 der Europäischen Sozialcharta vom 18. Oktober 1961 und Artikel 6 Nummer 4 der Europäischen Sozialcharta (revidiert) vom 3. Mai 1996 verankerte Streikrecht der Arbeitnehmer rechtmäßig ausgeübt wird. Insbesondere umfasst dies Zulässigkeitsvoraussetzungen, nach denen ein Streik der Durchsetzung eines tariflich regelbaren Zieles dienen muss und nur von einer tariffähigen Arbeitnehmervereinigung geführt werden kann, an die für die Tariffähigkeit die von der Rechtsprechung entwickelten Anforderungen gestellt werden.“

g) zu Artikel 7 Nummer 5:

„Die Bundesrepublik Deutschland geht bei der Anwendung des Artikels 7 Nummer 5 der Europäischen Sozialcharta (revidiert) vom 3. Mai 1996 davon aus, dass das hierin niedergelegte Recht auf Angemessenheit der Ausbildungsvergütung für Lehrlinge in der dualen Berufsausbildung durch die Tarifautonomie sowie durch die zum 1. Januar 2020 novellierten gesetzlichen Regelungen für eine angemessene Ausbildungsvergütung sowie ergänzende Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Drittes Buch – Arbeitsförderung – vom 24. März 1997 (Berufsausbildungsbeihilfe) gewährleistet ist.“

h) zu Artikel 12 Nummer 2:

„Die Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, dass bei der Anwendung der Europäischen Ordnung der Sozialen Sicherheit vom 16. April 1964 (Sammlung Europäischer Verträge Nr. 48) im Rahmen des Artikels 12 Nummer 2 der Europäischen Sozialcharta (revidiert) vom 3. Mai 1996 als Bezugsgröße zum Mindestleistungssatz der Leistungen bei Alter nicht der in Teil V Nummer 8 der Beilage 2 zur Europäischen Ordnung der Sozialen Sicherheit festgelegte Vornhundertersatz von 50, sondern der in Anwendung des Artikels 28 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel 67 der Europäischen Ordnung der Sozialen Sicherheit nach der Tabelle zu Teil XI „Regelmässig wiederkehrende Zahlungen an die Typen der Leistungsempfänger“ maßgebliche Vornhundertersatz von 40 bei Leistungen im Alter Anwendung findet.“

i) zu Artikel 19 Nummer 11:

„Die Bundesrepublik Deutschland geht bei der Anwendung des Artikels 19 Nummer 11 davon aus, dass die Verpflichtung zur Förderung und Erleichterung des Unterrichts zum Erlernen der deutschen Sprache im Rahmen des Integrationskurses nur in Bezug auf integrationsbedürftige Wanderarbeitnehmer besteht, die sich zum Zweck der Erwerbstätigkeit rechtmäßig und dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten. In Bezug auf die Familienangehörigen der Wanderarbeitnehmer besteht diese Verpflichtung nur, soweit sie sich rechtmäßig und dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten und integrationsbedürftig sind.““

II.

Die Europäische Sozialcharta (revidiert) ist ferner für folgende Staaten und Organisationen in Kraft getreten:

Albanien*	am	1. Januar 2003
nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta		
Andorra*	am	1. Januar 2005
nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta		
Armenien*	am	1. März 2004
nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta		
Aserbaidschan*	am	1. November 2004
nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta		
Belgien*	am	1. Mai 2004
nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta		
Bosnien und Herzegowina*	am	1. Dezember 2008
nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta		

Bulgarien*	am 1. August 2000 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A und nach Teil IV Artikel D der Charta
Estland*	am 1. November 2000 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Finnland*	am 1. August 2002 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Frankreich	am 1. Juli 1999
Georgien*	am 1. Oktober 2005 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Griechenland*	am 1. Mai 2016 nach Maßgabe eines Vorbehalts zu Teil V Artikel G und von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Irland*	am 1. Januar 2001 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Italien*	am 1. September 1999 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Lettland*	am 1. Mai 2013 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Litauen*	am 1. August 2001 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Malta*	am 1. September 2005 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Moldau, Republik*	am 1. Januar 2002 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Montenegro*	am 1. Mai 2010 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Niederlande*	am 1. Juli 2006 nach Maßgabe von Vorbehalten zu Teil III Artikel A Absatz 6 und 19 sowie Erklärungen nach Teil VI Artikel L der Charta
Nordmazedonien*	am 1. März 2012 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Norwegen*	am 1. Juli 2001 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil VI Artikel L zu der territorialen Anwendbarkeit und Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Österreich*	am 1. Juli 2011 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Portugal*	am 1. Juli 2002 nach Maßgabe von Vorbehalten zu Teil II Artikel 6 Absatz 4 und Artikel 2 Absatz 6
Rumänien*	am 1. Juli 1999 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil IV Artikel C der Charta
Russische Föderation*	am 1. Dezember 2009 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Schweden*	am 1. Juli 1999 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A und Teil V Artikel E der Charta
Serbien*	am 1. November 2009 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Slowakei*	am 1. Juni 2009 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Slowenien*	am 1. Juli 1999 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A und Teil IV Artikel D Absatz 2 der Charta
Spanien*	am 1. Juli 2021 nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil IV Artikel D Absatz 2 und Erklärungen zu der territorialen Anwendbarkeit der Charta

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln
G 1998 · PVSt +4 · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt

Türkei* am 1. August 2007
nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Ukraine* am 1. Februar 2007
nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Ungarn* am 1. Juni 2009
nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta
Zypern* am 1. November 2000
nach Maßgabe von Erklärungen nach Teil III Artikel A der Charta.

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu dieser Charta, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter www.conventions.coe.int einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 31. August 2021

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick